

INHALTSVERZEICHNIS

Was will dieses Buch?.....	1
----------------------------	---

I. TEIL: EINFÜHRUNG

I. Die Staatsfunktionen Verwaltung und Gerichtsbarkeit	3
1. Allgemeines	3
2. Wie ist eine Unterscheidung zwischen den Staatsfunktionen möglich?	3
3. Organisatorische Aspekte der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit	5
II. Literatur, Textausgaben und Entscheidungssammlungen	6

II. TEIL: DAS VERWALTUNGSVERFAHRENSRECHT

A. ALLGEMEINES	9
I. Was ist das Verwaltungsverfahrensrecht?.....	9
II. Die Besonderheiten des Verwaltungsverfahrensrechts.....	10
1. Allgemeines	10
2. Die Auswirkungen der Aufgabenstellung auf das Verfahren der Verwaltung	11
3. Die besondere Bedeutung der Rechtsprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts und der Verwaltungs- gerichte	12
4. Die enge Verbindung von materiellem und formellem Verwaltungsrecht.....	13
5. Die subsidiäre Anwendbarkeit der Regeln des „allgemeinen“ Verwaltungsverfahrensrechts	13
6. Das Verwaltungsverfahrensrecht als „Spiegel“ eines Staates ...	13
III. Historisches zu Entstehung und Entwicklung des Verwaltungs- verfahrensrechts.....	14
IV. Die Rechtsgrundlagen des Verwaltungsverfahrens	17
1. Regelungen auf Verfassungsstufe	17
2. Regelungen auf Gesetzesstufe	18
a) Die „allgemeinen“ Verfahrensregeln	18
b) Das EU-Verwaltungsstrafvollstreckungsgesetz	18
c) Das Zustellgesetz	18
d) Besondere Verfahrensgesetze	18

INHALTSVERZEICHNIS

Was will dieses Buch?.....	1
----------------------------	---

I. TEIL: EINFÜHRUNG

I. Die Staatsfunktionen Verwaltung und Gerichtsbarkeit	3
1. Allgemeines	3
2. Wie ist eine Unterscheidung zwischen den Staatsfunktionen möglich?	3
3. Organisatorische Aspekte der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit	5
II. Literatur, Textausgaben und Entscheidungssammlungen	6

II. TEIL: DAS VERWALTUNGSVERFAHRENSRECHT

A. ALLGEMEINES	9
I. Was ist das Verwaltungsverfahrensrecht?.....	9
II. Die Besonderheiten des Verwaltungsverfahrensrechts.....	10
1. Allgemeines	10
2. Die Auswirkungen der Aufgabenstellung auf das Verfahren der Verwaltung	11
3. Die besondere Bedeutung der Rechtsprechung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts und der Verwaltungs- gerichte	12
4. Die enge Verbindung von materiellem und formellem Verwaltungsrecht.....	13
5. Die subsidiäre Anwendbarkeit der Regeln des „allgemeinen“ Verwaltungsverfahrensrechts	13
6. Das Verwaltungsverfahrensrecht als „Spiegel“ eines Staates ...	13
III. Historisches zu Entstehung und Entwicklung des Verwaltungs- verfahrensrechts.....	14
IV. Die Rechtsgrundlagen des Verwaltungsverfahrens	17
1. Regelungen auf Verfassungsstufe	17
2. Regelungen auf Gesetzesstufe	18
a) Die „allgemeinen“ Verfahrensregeln	18
b) Das EU-Verwaltungsstrafvollstreckungsgesetz	18
c) Das Zustellgesetz	18
d) Besondere Verfahrensgesetze	18

a) Nach welchen Kriterien ist zu entscheiden?.....	35
b) Wie ist vorzugehen, wenn die Parteistellung strittig ist?.....	37
3. Legalpartei – Formalpartei – Organpartei.....	38
4. Übergangene Parteien	39
4. Kapitel: Vertreter, Rechtsbeistand, Kurator	39
5. Kapitel: Allgemeine Regeln über den Verkehr zwischen Behörde und Beteiligten	41
I. Auf welche Weise kann man mit der Behörde in Kontakt treten?	41
II. Die Bedeutung des Gegenstandes eines Anbringens für die Art der Behandlung.....	44
III. Wie sind mangelhafte schriftliche Eingaben zu behandeln?	46
IV. Die Pflicht der Behörden, Rechtsbelehrungen zu erteilen.....	47
V. Das Recht auf Akteneinsicht – die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit – das Recht auf Datenschutz.....	48
VI. Kontaktnahme und Verkehr der Behörde mit Beteiligten und sonstigen am Verfahren mitwirkenden Personen	50
1. In welcher Form kann die Behörde Kontakt aufnehmen? In welcher Sprache erfolgt der Verkehr?.....	50
2. Die Ladung	50
VII. Wie wird der Verkehr zwischen Behörde und Beteiligten, wie werden behördeninterne Akte dokumentiert?	51
1. Die Niederschrift.....	51
2. Der Aktenvermerk.....	53
VIII. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Wahrung des Anstandes bei Amtshandlungen; Mutwillensstrafen	54
IX. Zustellungen	55
6. Kapitel: Die Bedeutung der Zeit für das Verwaltungsverfahren....	55
I. Was ist eine Frist?.....	55
II. Arten der Fristen.....	56
III. Die Berechnung von Fristen.....	57
1. Der Beginn des Fristenlaufes	57
2. Das Ende einer Frist.....	57
7. Kapitel: Die Eröffnung eines Verwaltungsverfahrens – Wie kann ein Verwaltungsverfahren in Gang kommen?	58

8. Kapitel: Das Ermittlungsverfahren	59
I. Allgemeines	59
II. Das Ziel des Ermittlungsverfahrens: Die Feststellung des maßgebenden Sachverhaltes.....	61
III. Grundsätze des Ermittlungsverfahrens	62
1. Der Grundsatz der arbiträren Ordnung	62
2. Der Grundsatz der Verfahrensbindung und Verfahrens- koordination	63
3. Der Grundsatz der Amtswegigkeit behördlichen Vorgehens (Offizialmaxime) und daraus abgeleitet der Grundsatz der materiellen Wahrheit	63
4. Der Grundsatz des Parteiengenhörs	64
5. Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	64
6. Der Grundsatz der Unbeschränktheit der Beweismittel.....	64
IV. Wann kann das Ermittlungsverfahren unterbleiben?	65
V. Die Verhandlung als Instrument des Ermittlungsverfahrens	66
1. Allgemeines	66
2. Wo ist eine Verhandlung durchzuführen?	67
3. Der Termin der Verhandlung	68
4. Öffentliche Auflage von Unterlagen	68
5. Wer ist berechtigt, an einer Verhandlung teilzunehmen?.....	68
6. Wer ist von der Behörde der Verhandlung beizuziehen und auf welche Weise kann diese Beiziehung erfolgen?	69
7. In welcher Form ist eine Verhandlung anzuberaumen?.....	71
8. Die Präklusion von Einwendungen als Folge der Anberaumung einer mündlichen Verhandlung	71
9. Welche Folgen hat eine Versäumung der Verhandlung durch den Antragsteller?	74
10. Die Durchführung einer mündlichen Verhandlung.....	74
a) Prüfung von Identität und Rechtsstellung der Erschienenen	74
b) Die Erörterung des Verfahrensgegenstandes	75
c) Die Stellung des Verhandlungsleiters gegenüber Sachverständigen.....	76
d) Suche nach Interessenausgleich	76
e) Unterbrechung und Vertagung.....	77
f) Verhandlungsschrift.....	77
g) Schluss der Verhandlung und Bescheidverkündung	77

VI. Großverfahren	77
1. Der rechtspolitische Sinn der Regelung	77
2. Wann kommen die Bestimmungen über Großverfahren zur Anwendung?	78
3. Die Eröffnung des Großverfahrens – das Edikt	79
4. Rechtswirkungen einer Verfahrenseröffnung durch Edikt	79
5. Die besonderen Regeln über die Publizität im Großverfahren	80
6. Die öffentliche Erörterung	81
7. Die mündliche Verhandlung im Großverfahren	81
VII. Vorfrage und Bindungskonflikt	81
1. Die Vorfrage	81
a) Was ist eine Vorfrage?	81
b) Wie sind Vorfragen zu behandeln?	83
2. Der Bindungskonflikt	85
VIII. Die Vorabentscheidung	85
IX. Beweise	86
1. Allgemeines	86
2. Verfahrensregeln über Beweise	86
a) Freie Beweiswürdigung	86
b) Mittelbare Beweisaufnahme	88
c) Parteiengehör zum Ergebnis von Beweisaufnahmen	88
3. Die Beweismittel	89
a) Urkunden	89
a1) Öffentliche Urkunden	89
a2) Privaturkunden	91
b) Zeugen	91
b1) Allgemeine Regeln über die Vernehmung von Zeugen..	91
b2) Wer darf nicht als Zeuge vernommen werden?	91
b3) Worüber darf die Zeugenaussage verweigert werden?...	92
b4) Weitere Regeln	93
c) Die Vernehmung von Beteiligten	93
d) Sachverständige	94
e) Der Augenschein	96

9. Kapitel: Allgemeines über die Erledigung, Erledigung ohne Erlassung eines Bescheides

97

I. Allgemeines	97
1. Grundsatz	97
2. Die schriftliche Erledigung	97
a) Allgemeines	97

b) Die Genehmigung.....	98
c) Formvorschriften für schriftliche Ausfertigungen.....	98
II. Die Einstellung	98
III. Die Erfüllung des Parteibeglehrens ohne Erlassung eines als „Bescheid“ bezeichneten Aktes	99
10. Kapitel: Der Bescheid	99
I. Allgemeines	98
1. Was ist ein Bescheid?.....	98
2. Die Abgrenzung des Bescheides von anderen Rechtsakten.....	100
3. Verfahrensrechtlicher Bescheid – Verfahrensanordnung	102
4. Die Einteilung von Bescheiden nach ihrem Inhalt.....	103
a) Materiell-rechtliche Bescheide – verfahrensrechtliche Bescheide.....	103
b) Leistungsbescheide, Rechtsgestaltungsbescheide, Feststellungsbescheide	103
II. Die Erlassung von Bescheiden	104
A. Die materiell-rechtliche Seite der Erlassung	104
1. Bescheid und gesetzliche Grundlage	104
a) Die Anwendung von Gesetzen	104
b) Welche Rechtslage ist für den Bescheidinhalt maßgeblich?	104
c) Bindung an das Gesetz – Ermessen – unbestimmter Gesetzesbegriff	104
2. Bescheid und Antrag	107
a) Die Entscheidung über den Antrag.....	107
b) Die „Nebenbestimmungen“	107
B. Die formelle Seite der Erlassung	109
1. Allgemeines	109
2. Die Form der Erlassung von Bescheiden.....	109
3. Rechtswirkungen der Bescheiderlassung.....	110
4. Die bloße Mitteilung von Bescheiden.....	111
III. Die Elemente des Bescheides	111
1. Die ausdrückliche Bezeichnung als Bescheid.....	112
2. Die Bezeichnung der Behörde	112
3. Der Spruch	113
3a. Der Spruch in verbundenen Verfahren.....	114
4. Die Begründung	115
a) Begründungspflicht.....	115

b) Inhalt der Begründung	115
c) Folgen von Begründungsmängeln	116
5. Die Rechtsmittelbelehrung	116
a) Inhalt der Rechtsmittelbelehrung	116
b) Welche Folgen hat eine fehlende oder mangelhafte Rechtsmittelbelehrung?	117
6. Unterschrift und Datum	118
IV. Die Wirkungen eines Bescheides	118
A. Für wen entfaltet ein Bescheid Wirkungen?	118
B. Welche Teile eines Bescheides entfalten rechtliche Wirkungen?	120
C. Welche rechtlichen Wirkungen hat ein Bescheid?	120
1. Die formelle Rechtskraft	121
2. Die Unwiderrufbarkeit des Bescheides	121
3. Die Unwiederholbarkeit des Bescheides	122
4. Die Verbindlichkeit des Bescheides	122
5. Vollstreckbarkeit des Bescheides	123
6. Die Tatbestandswirkung des Bescheides	123
D. Die Auswirkungen einer Änderung der Rechtslage auf „rechtskräftige“ Bescheide	123
V. Die Berichtigung von Bescheiden	124
11. Kapitel: Der Rechtsschutz im Rahmen des Verwaltungsverfahrens	125
A. Allgemeines	125
B. Die Berufung	126
1. Berufungsrecht und Instanzenzug	126
2. Der Begriff der Berufung	126
3. Wer kann Berufung erheben? (Berufungslegitimation)	127
4. Die Berufungsfrist	127
5. Wo ist die Berufung einzubringen?	127
6. Die Form der Berufung	128
7. Berufungsverzicht und Berufungsrücknahme	128
8. Der Inhalt der Berufung	128
a) Die Elemente der Berufung	128
b) Was kann in einer Berufung geltend gemacht werden?	129
9. Die Wirkung der Einbringung einer Berufung	130
10. Die Berufungsvorentscheidung	131

11. Die Behandlung der Berufung durch die Berufungsbehörde..	132
a) Die Prüfung der formalen Zulässigkeit	132
b) Die Berufungsmitteilung	132
12. Die Entscheidung der Berufungsbehörde	133
a) Die für die Entscheidung maßgebliche Rechtslage.....	133
b) Der Gegenstand der Entscheidung der Berufungsbehörde	133
c) Ergänzung des Ermittlungsverfahrens.....	134
d) Die Behebung des Bescheides wegen mangelhafter Sachverhaltsermittlung.....	134
e) Die Entscheidung in der Sache selbst	134
C. Die Vorstellung gegen Mandatsbescheide	137
D. Rechtsschutz der übergangenen Partei	137
E. Die Wiederaufnahme des Verfahrens.....	138
1. Allgemeines	138
2. Die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme	139
3. Gründe für eine Wiederaufnahme	140
4. Wie kann ein Verfahren wieder aufgenommen werden?	141
a) Die Wiederaufnahme auf Antrag	141
b) Die amtswegige Wiederaufnahme	142
5. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Wiederaufnahme – die Wirkung dieser Entscheidung	142
6. Die Entscheidung im wieder aufgenommenen Verfahren.....	143
F. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.....	143
1. Allgemeines	143
2. Was kann mit dem Antrag auf Wiedereinsetzung begehrt werden?	144
3. Aus welchen Gründen kann Wiedereinsetzung begehrt werden?	144
4. Formale Regelungen über den Wiedereinsetzungsantrag	145
5. Die Wirkung des Antrags auf Wiedereinsetzung	145
6. Die Entscheidung über den Wiedereinsetzungsantrag	146
7. Die Wirkung der Bewilligung einer Wiedereinsetzung	146
G. Rechtsschutz gegen die Untätigkeit von Behörden	147
1. Allgemeines	147
2. Der Inhalt der Entscheidungspflicht.....	147
3. Die Geltendmachung der Entscheidungspflicht und deren Folge.....	148
4. Die Entscheidung der Berufungsbehörde	149

12. Kapitel: Die amtswegige Abänderung und amtswegige Behebung von rechtskräftigen Bescheiden	150
1. Allgemeines	150
2. Die Abänderung von Bescheiden, aus denen niemandem ein Recht erwachsen ist.....	152
3. Die Abänderung oder Behebung eines Bescheides in Wahrung des öffentlichen Wohles.....	152
4. Die Nichtigerklärung von Bescheiden	153
5. Durchbrechung der Rechtskraft kraft des Gemeinschaftsrechts	154
13. Kapitel: Die Verfahrenskosten	155
D. DAS VERWALTUNGSSTRAFGESETZ– VSTG	156
1. Kapitel: Allgemeines	156
A. Verwaltungsstrafrecht, Justizstrafrecht, Europäische Menschenrechtskonvention	156
B. Besonderheiten der Vorschriften über das Verwaltungsstrafrecht und das Verwaltungsstrafverfahrensrecht	158
2. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen des Verwaltungsstrafrechts	159
I. Der zeitliche Anwendungsbereich von Verwaltungsstrafvorschriften.....	159
II. Der räumliche Anwendungsbereich von Verwaltungsstrafvorschriften	160
III. Die Straftat.....	161
1. Tatbildmäßiges Verhalten.....	161
2. Rechtswidriges Verhalten.....	162
3. Schuldhaftes Verhalten.....	162
a) Der Vorsatz	162
b) Die Fahrlässigkeit.....	163
IV. Die Beweislast für die Tatbildmäßigkeit und für das Verschulden	163
V. Strafausschließungsgründe	164
1. Die Notwehr	164
2. Die Unzurechnungsfähigkeit.....	165
3. Die Strafunmündigkeit.....	166
4. Der Irrtum	166
5. Der Notstand	167
6. Das Absehen von der Strafe.....	168

VI.	Die „Erscheinungsformen“ der Verwaltungsübertretung	169
1.	Die Anstiftung	169
2.	Die Beihilfe	170
3.	Der Versuch	170
VII.	Besondere Fälle der Verantwortlichkeit	171
1.	Allgemeines	171
2.	Verantwortliche Beauftragte	172
3.	Haftung für Geldstrafen	174
VIII.	Strafen	174
1.	Allgemeines	174
2.	Freiheitsstrafen	175
3.	Geldstrafen	175
4.	Verfall	176
IX.	Die Strafbemessung	177
1.	Allgemeines	177
2.	Objektive Kriterien der Strafbemessung	178
3.	Subjektive Kriterien der Strafbemessung	178
X.	Das Zusammentreffen von strafbaren Handlungen	179
a)	Die sogenannte Realkonkurrenz	180
b)	Die sogenannte Idealkonkurrenz	181
3. Kapitel:	Verwaltungsstrafverfahren	181
I.	Allgemeines	181
II.	Der Grundsatz der Amtswegigkeit der Verfolgung und seine Grenze (Offizialmaxime)	182
III.	Zuständigkeit	183
1.	Sachliche Zuständigkeit	183
2.	Örtliche Zuständigkeit	183
IV.	Verjährung	185
1.	Allgemeines	185
2.	Beginn der Frist für die Verfolgungs- und Strafbarkeitsverjährung	186
3.	Der Ausschluss der Verfolgungsverjährung	186
V.	Sicherungsmaßnahmen	188
1.	Festnahme	188
2.	Sicherheitsleistung	189
3.	Die vorläufige Sicherheit	191
4.	Beschlagnahme von Verfallsgegenständen	192

VI. Die Durchführung des „ordentlichen“ Verwaltungsstrafverfahrens	193
1. Allgemeines	193
2. Die Rechtfertigung des Beschuldigten.....	194
a) Die Ladung des Beschuldigten zur Vernehmung	195
b) Aufforderung zur Rechtfertigung	196
3. Mündliche Strafverhandlung und Strafverhandlungsschrift	196
4. Wie ist vorzugehen, wenn einem Beschuldigten verschiedene Delikte zur Last gelegt werden, zu deren Bestrafung nicht dieselbe Behörde zuständig ist?	198
5. Die Erledigung des ordentlichen Verwaltungsstrafverfahrens..	199
a) Allgemeines	199
b) Das Straferkenntnis	199
c) Die Einstellung	200
VII. Abgekürzte Verfahren – Strafverfügung, Anonymverfügung, Organstrafverfügung.....	202
1. Allgemeines	202
2. Die Strafverfügung.....	202
a) Voraussetzungen und Inhalt der Strafverfügung	202
b) Der Einspruch gegen eine Strafverfügung	203
3. Die Anonymverfügung.....	204
4. Die Organstrafverfügung	206
VIII. Wiederaufnahme des Verfahrens, Abänderung und Aufhebung von Amts wegen	207
A. Die Wiederaufnahme des Verfahrens.....	208
B. Amtswegige Aufhebung oder Abänderung von rechtswidrigen Bescheiden	208
IX. Sonderbestimmungen für das Verfahren gegen Jugendliche	208
X. Strafvollstreckung.....	209
XI. Kosten des Strafverfahrens.....	210
E. DAS VERWALTUNGSVOLLSTRECKUNGSGESETZ – VVG	211
I. Allgemeines	211
II. Grundsätze des Vollstreckungsverfahrens	211
III. Vollstreckungstitel – Vollstreckbarkeitsbestätigung	212
IV. Vollstreckungsbehörden.....	213
V. Das Vollstreckungsverfahren	214
VI. Vollstreckungsmittel	214
1. Die Vollstreckung von Verpflichtungen zu einer Geldleistung	214

2 Die Ersatzvornahme – Erzwingung vertretbarer Leistungen....	215
3. Zwangsstrafen – Erzwingung von Duldungen, Unterlassungen und unvertretbaren Handlungen.....	216
4. Anwendung unmittelbaren Zwanges	216
5. Einstweilige Verfügung.....	217
VII. Kosten.....	217
F. DAS EU- VERWALTUNGSSTRAFVOLLSTRECKUNGSGESETZ	218
I. Allgemeines	218
II. Die Vollstreckung von Entscheidungen anderer EU-Mitgliedsstaaten in Österreich	218
III. Die Vollstreckung österreichischer Entscheidungen in einem anderen Mitgliedsstaat	219
G. DAS ZUSTELLGESETZ	220
I. Allgemeines	220
II. Durch wen kann zugestellt werden	221
III. An wen, wo und wie ist zuzustellen?	222
1. Die Zustellverfügung	222
2. Empfänger und Zustellbevollmächtigter.....	222
3. Zustelladresse: Abgabestelle und elektronische Zustelladresse	223
IV. Die physische Zustellung	224
1. Zustellung ohne Zustellnachweis	224
2. Zustellung mit Zustellnachweis	224
a) Der Zustellnachweis	224
b) Die „einfache“ Zustellung mit Zustellnachweis – Zustellung, Ersatzzustellung, Hinterlegung	225
c) Zustellung zu eigenen Händen	227
3. Besondere Arten der Zustellung	227
a) Hinterlegung ohne Zustellversuch	227
b) Zustellung durch unmittelbare Ausfolgung	227
c) Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung	227
d) Annahmeverweigerung, Nachsendung, Zurückstellung	228
V. Elektronische Zustellung	229
1. Elektronische Zustellung ohne Zustellnachweis	229
2. Elektronische Zustellung mit Zustellnachweis	229
3. Unmittelbare elektronische Ausfolgung	230
VI. Zustellmängel und deren Heilung	230

VII. Zustellungen inländischer Dokumente im Ausland und ausländischer Dokumente im Inland	231
1. Zustellungen im Ausland	231
2. Zustellung ausländischer Dokumente im Inland	231
III. TEIL: DIE VERWALTUNGSGERICHTSBARKEIT	
A. ALLGEMEINES	233
I. Historisches zur österreichischen Verwaltungsgerichtsbarkeit	233
II. Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	238
1. Regelungen auf Verfassungsstufe	238
2. Regelungen auf Gesetzesstufe	242
a) Das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz (VwGVG)	242
b) Das Verwaltungsgerichtsbarkeits-Übergangsgesetz	242
c) Die Novelle zum Verwaltungsgerichtshofgesetz	243
d) Gesetze für die Verwaltungsgerichte des Bundes	243
da) Das Bundesverwaltungsgerichtsgesetz	243
db) Das Bundesfinanzgerichtsgesetz	244
e) Die Landesverwaltungsgerichtsgesetze	244
B. DAS VERFAHRENSRECHT DER VERWALTUNGSGERICHE ..	245
1. Kapitel: Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	245
I. Die Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts	245
1. Sachliche Zuständigkeit	245
2. Die örtliche Zuständigkeit	246
II. Die Zuständigkeit der Landesverwaltungsgerichte	247
1. Die sachliche Zuständigkeit	247
2. Die örtliche Zuständigkeit	247
2. Kapitel: Regeln über die Ausübung der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Verwaltungsgerichte	248
I. Anzuwendendes Recht	248
1. Verfahrensrecht	248
2. Materielles Recht	249
II. Der Grundsatz der festen Geschäftsverteilung	249
III. Regeln zur Sicherung der Unparteilichkeit	250

IV. Die Organisation der Entscheidungsfindung	251
1. Einzelrichter und Senate	251
2. Rechtspfleger	251
3. Kapitel: Die Beschwerde	252
I. Parteien des Verfahrens	252
II. Wer kann Beschwerde erheben?	253
1. Bescheidbeschwerde	253
2. Maßnahmenbeschwerde	254
3. Säumnisbeschwerde	254
4. Weisungsbeschwerde	254
5. „Verhaltensbeschwerde“	254
III. Die Beschwerdefrist	255
IV. Form, Inhalt und Einbringung der Beschwerde	256
1. Die Form der Beschwerde	256
2. Der Inhalt der Beschwerde	256
3. Mangelhafte Beschwerden	258
4. Wo ist eine Beschwerde, wo sind weitere Schriftsätze einzubringen?	258
5. Die Mitteilung der Beschwerde	258
4. Kapitel: Das Vorverfahren	259
I. Die Wirkung der Einbringung der Beschwerde	259
1. Bescheidbeschwerde	259
2. Weisungsbeschwerden und Verhaltensbeschwerden	260
3. Maßnahmenbeschwerden	260
II. Die Beschwerdevereinscheidung Vorlageantrag	260
1. Die Beschwerdevereinscheidung	260
2. Der Vorlageantrag	261
III. Die Nachholung des ausständigen Bescheides	261
5. Kapitel: Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht	262
I. Allgemeine Regeln	262
1. Akteneinsicht	262
2. Die Entscheidungspflicht	262
3. Die Aussetzung des Verfahrens über die Beschwerde	263
4. Kostentragung	264

II. Die Verhandlung	264
1. Regelungen zum Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme	264
a) Zur Ladung	264
b) Zur Beweisaufnahme und zur Fällung des Erkenntnisses ...	264
2. Die Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung als Grundsatz	265
3. Wann kann eine Verhandlung entfallen?	265
4. Wann kann die Öffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen werden?	266
5. Der Ablauf der Verhandlung, Stellung und Aufgaben des Verhandlungsleiters	266
6. Gebührenansprüche der Zeugen und Beteiligten	266
III. Die für die Entscheidung maßgebliche Rechtslage	267
IV. Der Gegenstand der Entscheidung des VwG – Der Prüfungsumfang	267
V. Die Formen der Entscheidung – Erkenntnis und Beschluss	269
1. Das Erkenntnis	269
a) Allgemeines	269
b) Die Gestaltung des Erkenntnisses – Spruch und Begründung	269
c) Die Belehrung über die Möglichkeit einer Anrufung des VfGH und des VwGH	270
2. Der Beschluss	270
a) Verfahrensleitende Beschlüsse	270
b) Verfahrensabschließende Beschlüsse	270
VI. Der Inhalt der Entscheidung	271
1. Allgemeines	271
2. Die Entscheidung über eine Bescheidbeschwerde	272
a) Grundsatz: Entscheidung in der Sache	272
b) Wie ist im Fall von Ermessensentscheidungen vorzugehen?	272
c) Die Wirkung der Behebung eines angefochtenen Bescheides	273
3. Die Entscheidung über eine zulässige und nicht abzuweisende Maßnahmenbeschwerde oder „Verhaltensbeschwerde“	273
4. Die Entscheidung über eine zulässige und nicht abzuweisende Säumnisbeschwerde	274
5. Die Entscheidung über eine zulässige und nicht abzuweisende Weisungsbeschwerde	274

VII. Die Wirkung der Sachentscheidung über eine Bescheidbeschwerde	274
1. Allgemeines	274
2. Die Inhalte einer Sachentscheidung und deren mögliche Folgen	275
a) Der Verwaltungsakt wird durch das Erkenntnis des VwG vollständig ersetzt	276
b) Der Verwaltungsakt wird durch den Inhalt des Erkenntnisses nur zum Teil ersetzt	277
 6. Kapitel: Besondere Bestimmungen für Verfahren in Verwaltungsstrafsachen	 278
I. Allgemeines zur alten und zur neuen Rechtslage	278
II. Die speziellen Regelungen für das Verfahren in Verwaltungsstrafsachen	278
1. Beschwerderecht und Beschwerdeverzicht	278
2. Die Wirkung einer Beschwerde	279
3. Das Verbot der Verhängung einer höheren Strafe (Verbot einer „reformatio in peius“)	279
4. Die Säumnisbeschwerde	279
a) Die Frist zur Erhebung einer Säumnisbeschwerde	279
b) Regeln zur Entscheidung über die Säumnisbeschwerde	280
5. Verfahrenshilfe	280
6. Verjährung	281
7. Verhandlung und Beweisaufnahme	281
a) Organisation der Entscheidungsfindung	281
b) Öffentliche mündliche Verhandlung	281
c) Durchführung und Ablauf der Verhandlung – Unmittelbarkeit des Beweisverfahrens	283
8. Kosten des Strafverfahrens	284
 7. Kapitel: Der Rechtsschutz gegen Entscheidungen eines Rechtspflegers	 285
 8. Kapitel: Wiederaufnahme des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	 286

C. DER VERWALTUNGSGERICHTSHOF	287
1. Kapitel: Die Rechtsgrundlagen	287
I. Regelungen auf Verfassungsstufe über Zuständigkeit und Verfahren des VwGH	287
II. Regelungen auf Gesetzesstufe	289
2. Kapitel: Regeln über die Ausübung der Verwaltungsgerichts- barkeit durch den VwGH	289
I. Anzuwendendes Recht	289
1. Verfahrensrecht	289
2. Materielles Recht	289
3. Vorgangsweise bei verfassungsrechtlichen oder unionsrechtlichen Bedenken	290
II. Die Vertretung vor dem VwGH	290
III. Akteneinsicht	291
IV. Der Grundsatz der festen Geschäftsverteilung	291
V. Regeln zur Sicherung der Unparteilichkeit	292
VI. Regeln über die Organisation der Entscheidungsfindung	292
3. Kapitel: Die Revision – Allgemeine Regeln	293
I. Was ist unter „Revision“ zu verstehen?	293
II. Wer ist zur Erhebung einer Revision legitimiert, wer kann dazu legitimiert sein?	294
III. Die Zulässigkeit einer Revision	294
IV. Die Parteien des Revisionsverfahrens	295
V. Regeln über die Einbringung der Revision und anderer Schriftsätze über die Vertretung, Verfahrenshilfe und Gebühren im Revisionsverfahren	295
1. Wo und in welcher Form ist die Revision, wo sind sonstige Schriftsätze einzubringen?	295
2. Die Vertretung im Revisionsverfahren	296
3. Verfahrenshilfe	297
4. Gebühren im Revisionsverfahren	297
VI. Die Frist zur Erhebung der Revision	298
VII. Der Inhalt der Revision	298

4. Kapitel: Die Vorentscheidung über die Revision durch das VwG und die Vorlage an den VwGH	299
I. Prüfung, ob die Revision zurückzuweisen ist, und Auftrag zur Mängelbehebung	299
II. Entscheidung über die Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung	300
III. Aufforderung zur Revisionsbeantwortung	300
IV. Die Vorlage der „ordentlichen“ und der „außerordentlichen“ Revision an den VwGH	301
5. Kapitel: Die Prüfung der Revision durch den Verwaltungsgerichtshof	301
I. Prüfung, ob ein Grund für die Einstellung des Verfahrens eingetreten ist	301
1. Prüfung, ob der Revisionswerber klaglos gestellt worden ist ..	301
2. Der Aufforderung, die Rechtsansicht des Revisionswerbers ergänzend zu begründen, wird nicht entsprochen	302
II. Prüfung, ob die Revision zurückzuweisen ist	302
III. Prüfung der Zulässigkeit einer „außerordentlichen“ Revision	303
IV. Auftrag zur Mängelbehebung	303
V. Das Vorverfahren über außerordentliche Revisionen	303
6. Kapitel: Das Verfahren zur Entscheidung des VwGH über eine Revision	304
I. Allgemeines	304
II. Die Entscheidung ohne weiteres Verfahren	304
1. Abweisung der Revision	304
2. Aufhebung des angefochtenen Erkenntnisses des VwGH	304
III. Das Verfahren zur Entscheidungsfindung	305
1. Ergänzende Schriftsätze	305
2. Die beschränkte Pflicht zur Durchführung einer mündlichen Verhandlung	305
3. Die Regeln über Durchführung und Ablauf einer mündlichen Verhandlung	306
4. Regelungen zur Vermeidung einer großen Zahl von „Parallelverfahren“	306
IV. Der Gegenstand der Entscheidung des VwGH – Prüfungsumfang und Maßstab der Prüfung	307
1. Gegenstand der Entscheidung	307

2. Prüfungsumfang	308
3. Maßstab der Prüfung	308
V. Das Erkenntnis des VwGH	309
1. Allgemeines	309
2. Inhalt und Wirkung des Erkenntnisses	309
a) Möglicher Inhalt des Erkenntnisses	309
b) Die Aufhebung des angefochtenen Rechtsaktes – Gründe und Wirkung	309
c) Entscheidung in der Sache	310
7. Kapitel: Wiederaufnahme des Verfahrens und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	310
I. Die Wiederaufnahme des Verfahrens	310
1. Allgemeines	310
2. Die Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme	311
3. Antragstellung, Entscheidung	311
II. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	312
1. Funktion und Voraussetzungen einer Wiedereinsetzung	312
2. Antragstellung, Entscheidung, Wirkung der Bewilligung	313
8. Kapitel: Der Fristsetzungsantrag	314
1. Allgemeines	314
2. Die Voraussetzungen für einen Fristsetzungsantrag	314
3. Wer kann einen Fristsetzungsantrag stellen? Vertretung, Verfahrenshilfe, Gebührenpflicht	315
4. Der Inhalt des Fristsetzungsantrags, Formerfordernisse	315
5. Die Vorentscheidung durch das VwG, der Vorlageantrag, die Vorlage an den VwGH	315
6. Die Entscheidung des VwGH	316
9. Kapitel: Die Entscheidung über Kompetenzkonflikte	316
10. Kapitel: Die Feststellung der Rechtswidrigkeit eines Bescheides oder eines Erkenntnisses eines VwG	317
11. Kapitel: Kostentragung und Aufwandersatz	318
Stichwortverzeichnis	320